

Swiss verteilt 200'000 Franken an Parteien

Die SP will diese Spende nicht

Publiziert: 04.10.2013 · Von Jürg Auf der Maur

9 Kommentare · Drucken · E-Mail



Swiss unterstützt das Schweizer Parteiensystem (Keystone)

Die Absicht der Swiss, den fünf Bundesparteien 200'000 Franken zur Verfügung zu stellen, entfacht einen alten Streit um die Parteienfinanzierung neu.

[Tweet](#)

Die Schweiz kennt keine Transparenz in Sachen Parteienfinanzierung. Während die **SVP** im Geld schwimmt – unter anderem weil sie finanzkräftige Mitglieder wie alt-Bundesrat **Christoph Blocher** oder den Autoimporte

Walter Frey in ihren Reihen hat – herrscht bei der Linken weitgehend Ebbe.

Doch auch Mitteparteien wie die **CVP** haben immer weniger Geld in der Kasse. Seit der Finanz- und Bankenkrise engagiert sich die Wirtschaft weniger stark, ihre Sponsorenbeiträge wurden gestutzt oder zur SVP umgeleitet.

Jetzt erhält die Debatte eine neue Dimension – und führt bereits wieder zum Krach unter den Bundesratsparteien. Gemäss der Aargauer Zeitung will die Fluggesellschaft Swiss ab 2014 erstmals ebenfalls Geld für die Politik bezahlen: Sie

MEHR ZUM THEMA

» Parteienfinanzierung

Firmen sollen Gelder an Parteien offenlegen

» Parteienfinanzierung Bern verteidigt

Parteienfinanzierungs-Modell

» Transparenz-Initiative

beabsichtigt, den fünf Bundesratsparteien total 200'000 Franken zur Verfügung zu stellen.

Das ist aber gar nicht nach den Vorstellungen der Sozialdemokraten. Die **SP** Schweiz hat in einem Brief der Swiss bereits mitgeteilt, dass man auf das Geld in dieser Form verzichten wolle – trotz knappen Kassen. Die direkte Finanzierung der Parteien durch Firmen sei problematisch, teilte SP-Präsident **Christian Levrat** (FR) der Swiss mit. Die SP macht aber einen Gegenvorschlag.

SP will lieber einen Fonds

Die Idee der Sozialdemokraten: Die Swiss soll «gemeinsam mit anderen Unternehmen einen unabhängigen Fonds» einrichten. Firmen, welche politische Arbeit künftig unterstützen möchten, könnten ihre Spende dorthin einzahlen. «Mit dieser Lösung könnte die Gefahr der gegenseitigen Abhängigkeit oder Einflussnahme gebannt werden», schreibt die SP.

Die anderen Parteien weisen die SP-Idee postwendend zurück. Sie wollen am heutigen Zustand nichts ändern. Forderungen nach mehr Transparenz oder Spenden-Obergrenzen finden kein Gehör. Ein Fonds wäre ein erster Schritt hin zu einer staatlichen Parteienfinanzierung, zeigt sich FDP-Generalsekretär Stefan Brupbacher in der AZ überzeugt. Und auch Martin Landolt, BDP-Präsident, ist sicher: «Dies würde den Firmen die Freiheit nehmen selber zu entscheiden, wem sie das Geld geben möchten.»

Jetzt kommt die Initiative

Damit bleibt der SP weiterhin nur die Hoffnung, ihre Ideen mit einer Volksinitiative durchzubringen. Ein entsprechendes Vorhaben ist nach wie vor in der parteiinternen Pipeline.

Inhalt: Sämtliche Sach- und Geldzuweisungen von mehr als 10'000 Franken müssten in Zukunft von den Parteien offengelegt werden. Das gleiche gilt auch für Organisationen, Parteien und Personen, die mehr als 100'000 Franken in Wahl- und Abstimmungskampagnen investieren. «Mehr Transparenz schafft Vertrauen in die Politik und stärkt die

Demokratie», erklärte die Berner SP-Nationalrätin Nadine Masshardt (28) im SonntagsBlick. Sie betreut SP-intern das Initiativprojekt, nachdem diverse Vorstösse der Sozialdemokraten im Parlament scheiterten.